

# Gliederung

<b>1. Kapitel - Das Grundgesetz als die Verfassung Deutschlands .....</b>	<b>1</b>
<b>A. Einordnung des Verfassungsrechts .....</b>	<b>1</b>
<b>B. Die historischen Grundlagen des Grundgesetzes .....</b>	<b>4</b>
I. Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 .....	4
II. Die Reichsverfassung von 1871 .....	4
III. Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 .....	5
IV. Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent von 1948 .....	6
V. Der Parlamentarische Rat von 1948/49 .....	6
VI. Das Nachkriegsdeutschland bis zur Wiedervereinigung 1989/90 .....	6
VII. Die Wiedervereinigung Deutschlands .....	7
VIII. Die Verfassungsreform von 1994 .....	8
IX. Die Verfassungsreform von 2006 (Föderalismusreform I) .....	9
X. Die Verfassungsreform von 2009 (Föderalismusreform II) .....	10
<b>2. Kapitel - Grundbegriffe des allgemeinen Staatsrechts .....</b>	<b>12</b>
I. Die Drei-Elementen-Lehre .....	12
1. Das Staatsgebiet .....	12
2. Das Staatsvolk .....	13
3. Die Staatsgewalt .....	15
4. Besonderheiten .....	16
II. Zusammenfassung .....	17
III. Der Staat als juristische Person .....	17
<b>3. Kapitel - Staatsformmerkmale und Staatszielbestimmungen .....</b>	<b>20</b>
<b>A. Überblick über Staatsformen, Regierungsformen und Staatsziele .....</b>	<b>20</b>
I. Staatsformen .....	20
II. Regierungsformen und Staatszielbestimmungen .....	22
<b>B. Die Republik .....</b>	<b>23</b>
<b>C. Der Bundesstaat .....</b>	<b>24</b>
I. Begriff des Bundesstaates .....	24
II. Verhältnis von Bund und Ländern .....	25
1. Gesamtstaat und Gliedstaaten .....	25
2. Lehre vom drei- bzw. zweigliedrigen Bundesstaat .....	27
3. Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten (Bundestreue) .....	27
III. Vor- und Nachteile des Bundesstaats .....	28

<b>D. Die parlamentarische Demokratie .....</b>	<b>30</b>
I. Begriff der Demokratie .....	30
II. Neutralitätspflicht der Staatsorgane.....	34
III. Beteiligung von Personen, die nicht über eine demokratische Legitimation verfügen .....	36
IV. Wahlen und Abstimmungen auf Bundesebene .....	37
1. Die Wahlsysteme.....	37
a. Das Mehrheitswahlsystem.....	37
b. Das Verhältniswahlsystem .....	38
2. Die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes.....	38
a. Die Allgemeinheit der Wahl.....	39
b. Die Unmittelbarkeit der Wahl .....	39
c. Die Geheimheit der Wahl und die Öffentlichkeit der Wahl.....	42
d. Die Freiheit der Wahl .....	43
e. Die Gleichheit der Wahl .....	44
3. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes .....	46
a. Personalisierte Verhältniswahl .....	46
b. Problem des negativen Stimmgewichts .....	47
c. Entstehen und Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten.....	48
d. Gleichheit der Wahl und Wahlkreiszuschnitt.....	49
e. Nachrücken von Abgeordneten in den Bundestag.....	50
f. Problem der Grundmandatsklausel .....	51
g. Zusammenfassung und Bewertung .....	52
h. Wahlrecht und Ausländer .....	53
4. Wahlprüfung.....	54
5. Abstimmungen.....	56
V. Wahlen und Abstimmungen auf Länder- und Kommunalebene.....	58
<b>E. Rechtsstaat und Gewaltenteilung .....</b>	<b>59</b>
I. Das Rechtsstaatsprinzip als Fundamentalprinzip.....	59
II. Das Prinzip der Gewaltenteilung.....	61
1. Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz.....	61
2. Keine strikte Gewaltentrennung .....	64
a. Legislative und Exekutive.....	65
b. Exekutive und Judikative .....	66
c. Legislative und Judikative .....	67
III. Der Aufbau der Rechtsordnung.....	69
1. Verfassung .....	69
2. Formelles Gesetz .....	69

a. Formelle Rechtmäßigkeit des Gesetzes .....	72
aa. Gesetzgebungskompetenz (Zuständigkeit des Gesetzgebers) .....	72
bb. Verfahrens- und Formvorschriften .....	72
cc. Zitiergebot, Art. 19 I S. 2 GG .....	72
b. Materielle Rechtmäßigkeit des Gesetzes .....	74
aa. Besondere grundrechtsspezifische Anforderungen .....	74
bb. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen .....	75
a.) Bestimmtheitsgebot/Grundsatz der Normenklarheit .....	75
b.) Verbot von Einzelfallgesetzen, Art. 19 I S. 1 GG .....	76
aa.) Maßnahmegesetz - Einzelfallgesetz .....	76
bb.) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	77
c.) Verhältnismäßigkeit des Gesetzes .....	78
d.) Die Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 II GG .....	79
e.) Zusammenfassung .....	80
3. Rechtsverordnung .....	81
4. Satzung .....	83
5. Gewohnheitsrecht und Richterrecht .....	85
6. Verwaltungsvorschriften .....	89
7. Zusammenfassung zur Rechtsquellenlehre .....	90
8. Rangordnung der nationalen Rechtsquellen .....	90
IV. Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	91
1. Vorrang des Gesetzes .....	92
2. Vorbehalt des Gesetzes .....	92
a. Wesentlichkeitstheorie .....	93
b. Parlamentsvorbehalt .....	94
c. Reichweite des Gesetzesvorbehalts .....	96
aa. Eingriffsverwaltung .....	96
bb. Sonderproblem Gesetzesvorbehalt bei behördlichen Warnungen .....	96
d. Leistungsverwaltung .....	96
3. Zusammenfassung zu Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	100
V. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel (Übermaßverbot) .....	101
1. Elemente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	101
a. Legitimer Zweck des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	101
b. Geeignetheit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	102
c. Erforderlichkeit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	103
d. Angemessenheit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	104
2. Zum Anwendungsbereich des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	105
a. Handeln des formellen Gesetzgebers .....	105

b. Ermessensentscheidungen der Verwaltung .....	106
c. Rechtlich gebundene Entscheidungen der Verwaltung .....	107
d. Bindung der Rechtsprechung an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. ....	107
VI. Rechtssicherheit: Rückwirkungsverbot/Vertrauensschutz.....	108
1. Rückwirkungsverbot im Strafrecht.....	108
2. Rückwirkungsverbot im Übrigen.....	110
a. Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung .....	111
b. Zulässigkeit von echter und unechter Rückwirkung .....	112
c. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Vertrauensschutz .....	114
d. Notwendigkeit von Übergangsregelungen/Ausnahmetatbeständen.....	114
e. Überblick über die Rspr. des BVerfG zur Rückwirkung von Gesetzen .....	115
<b>F. Das Sozialstaatsprinzip .....</b>	<b>116</b>
I. Bedeutung von Staatszielbestimmungen .....	116
II. Grundgesetzliche Ausformung des Sozialstaatsprinzips .....	116
III. Verfassungsmäßiger Auftrag an die Staatsgewalten .....	117
IV. Ansprüche des Einzelnen aus dem Sozialstaatsprinzip? .....	118
<b>G. Umweltschutz und Tierschutz.....</b>	<b>120</b>
I. Umweltschutz.....	120
1. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen .....	120
2. Auftrag an Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichte.....	121
II. Tierschutz.....	122
III. Legitimation von Grundrechtseingriffen .....	123
IV. Beeinträchtigung des Art. 20 a GG .....	124
V. Abschlussfälle .....	124
<b>H. Förderung der Europäischen Union .....</b>	<b>125</b>
I. Die historische Entwicklung der Europäischen Union .....	125
II. Die Europäische Union als Staatenverbund.....	129
III. Primäres und sekundäres EU-Recht.....	130
IV. Europäische Union und Demokratieprinzip.....	132
V. Verhältnis EU-Recht/nationales Recht .....	135
<b>4. Kapitel - Die politischen Parteien .....</b>	<b>142</b>
<b>A. Die Funktion der Parteien in der parlamentarischen Demokratie .....</b>	<b>142</b>
I. Begriff der politischen Partei .....	142
II. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der politischen Parteien .....	144
III. Mitwirkung bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ .....	145

<b>B. Die Chancengleichheit der politischen Parteien .....</b>	<b>146</b>
I. Materieller und formeller Gleichheitssatz .....	146
II. Das Parteiengesetz .....	146
III. Rechtsschutz in Bezug auf die Chancengleichheit.....	151
<b>C. Die Parteienfinanzierung .....</b>	<b>151</b>
I. Unmittelbare Parteienfinanzierung.....	151
II. Die Rechenschaftspflicht .....	153
III. Die steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden.....	154
IV. Parteispenden.....	154
<b>D. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 II GG) .....</b>	<b>156</b>
I. Art. 21 II GG als Ausdruck einer streitbaren und wehrhaften Demokratie.....	156
II. Das Parteiverbotsverfahren vor dem BVerfG .....	158
1. Zulässigkeit.....	159
a. Antragsberechtigung .....	159
b. Antragsgegenstand .....	159
c. Antragsgegner.....	159
d. Durchführung eines Vorverfahrens gem. § 45 BVerfGG .....	159
e. Formerfordernisse.....	159
2. Begründetheit .....	160
a. Freiheitliche demokratische Grundordnung .....	160
b. Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Ordnung .....	160
c. Darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Ordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.....	160
d. Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland .....	160
III. Rechtsfolgen des Parteiverbots .....	161
<b>5. Kapitel - Die obersten Verfassungsorgane (Staatsorgane) .....</b>	<b>162</b>
<b>A. Der Bundestag.....</b>	<b>162</b>
I. Beginn und Ende der Wahlperiode des Bundestags .....	163
II. Der Bundestag als Ausdruck der repräsentativen Demokratie.....	163
III. Zuständigkeiten und Aufgaben des Bundestags .....	164
1. Umfassender Zuständigkeitsbereich des Bundestags .....	164
2. Begriff der Mehrheit.....	166
3. Parlamentsbeschlüsse .....	169
IV. Grundsatz der Diskontinuität .....	170
V. Die Geschäftsordnung des Bundestags.....	172
VI. Untergliederungen des Bundestags .....	174

1. Präsident, Präsidium und Ältestenrat .....	174
2. Die Fraktionen .....	176
3. Die Ausschüsse .....	178
4. Insbesondere: Der Untersuchungsausschuss nach Art. 44 GG .....	179
<b>VII. Die Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten .....</b>	<b>186</b>
1. Das freie Mandat.....	186
2. Indemnität und Immunität .....	193
3. Rede-, Frage- und Informationsrecht der Abgeordneten.....	195
4. Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot .....	196
5. Angemessene Entschädigung.....	197
6. Fraktionslose Abgeordnete .....	197
7. Pflichten des Abgeordneten .....	198
8. Rechtsschutz in Bezug auf Abgeordnetenrechte.....	199
<b>B. Der Bundesrat.....</b>	<b>200</b>
I. Die Stellung des Bundesrats im Staatsgefüge der Bundesrepublik.....	200
II. Zusammensetzung des Bundesrats.....	201
III. Rechte und Aufgaben des Bundesrats.....	202
1. Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes .....	202
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes .....	203
3. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	203
4. Recht, an der personellen Besetzung des BVerfG mitzuwirken.....	204
<b>C. Der Gemeinsame Ausschuss .....</b>	<b>204</b>
<b>D. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler .....</b>	<b>205</b>
I. Die Bundesregierung als oberstes Verfassungsorgan .....	205
II. Wahl des Bundeskanzlers und Amtsdauer der Bundesregierung .....	206
1. Wahl des Bundeskanzlers .....	206
2. Ernennung der Bundesminister (Kabinettsbildungsrecht) .....	208
3. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum, Vertrauensfrage.....	208
III. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip.....	214
1. Das Kanzlerprinzip (die Richtlinienkompetenz).....	214
2. Das Ressortprinzip.....	216
3. Das Kollegialprinzip; Aufgaben der Bundesregierung .....	217
4. Rangverhältnis .....	218
<b>E. Der Bundespräsident .....</b>	<b>219</b>
I. Stellung des Bundespräsidenten im Staatsgefüge.....	219
1. Repräsentations-, Integrations- und Reservefunktion .....	219
2. Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten.....	219

3. Gegenzeichnungspflicht.....	220
II. Wahl des Bundespräsidenten .....	222
III. „Prüfungscompetenz“ des Bundespräsidenten bei der Ausfertigung von Gesetzen ..	224
1. Formelles Prüfungsrecht.....	224
2. Materielles Prüfungsrecht .....	225
a. Wortlaut des Art. 82 I S. 1 GG .....	225
b. Amtseid des Bundespräsidenten .....	225
c. Möglichkeit der Präsidentenanklage .....	225
d. Heranziehung der Verfassung als Ganzes .....	226
3. Prüfungsrecht durch Vertreter bei Verhinderung? .....	227
IV. Recht des Bundespräsidenten zur Bundestagsauflösung.....	229
V. Recht des Bundespräsidenten, die Ernennung eines Ministers zu verweigern.....	229
1. Rechtliches Prüfungsrecht .....	229
2. Politisches Prüfungsrecht.....	231
VI. Recht des Bundespräsidenten, Bundesbeamte zu ernennen und zu entlassen ....	232
VII. Völkerrechtliche Vertretung des Bundes .....	234
1. Einführung.....	234
2. Hinweise für die Fallbearbeitung .....	235
3. Vertragsschluss.....	235
a. Abschlusskompetenz.....	235
b. Beteiligung der Gesetzgebungsorgane .....	236
4. Transformation in deutsches Recht .....	236
a. Transformationskompetenz .....	236
b. Transformationsverfahren .....	237
VIII. Rücktritt des Bundespräsidenten .....	238
<b>F. Das Bundesverfassungsgericht .....</b>	<b>238</b>
I. Bundesverfassungsgericht als Hüter der Verfassung .....	238
II. Verfassungsrechtliche Verfahrensarten.....	239
1. Organstreitverfahren, Art. 93 I Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG .....	241
a. Zulässigkeit .....	242
aa. Zuständigkeit des BVerfG (Art. 93 I Nr. 1 GG) .....	242
bb. Parteifähigkeit der Beteiligten (Art. 93 I Nr. 1 GG, § 63 BVerfGG) .....	243
cc. Streitgegenstand .....	246
dd. Antragsbefugnis (= Prozessführungsbefugnis des Antragstellers).....	248
ee. Form und Frist .....	251
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	251
b. Begründetheit.....	251
c. Verhältnis zur abstrakten Normenkontrolle .....	252

2. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG...	253
a. Zulässigkeit.....	254
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	254
bb. Antragsberechtigung .....	254
cc. Antragsgegenstand (= Prüfungsgegenstand) .....	255
dd. Antragsbefugnis bzw. Klarstellungsinteresse .....	255
ee. Form und Frist .....	256
b. Begründetheit .....	257
aa. Prüfungsmaßstab .....	257
bb. Entscheidung des Gerichts .....	257
c. Verhältnis zum Organstreitverfahren .....	258
d. Besonderheit wegen Art. 93 I Nr. 2 a GG .....	258
3. Die konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG	
(Richtervorlage) .....	259
a. Zulässigkeit.....	261
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	261
bb. Vorlageberechtigter bzw. -verpflichteter: ein Gericht .....	261
cc. Vorlagefähiger Gegenstand: ein Gesetz .....	262
dd. Überzeugung des Gerichts von der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ...	265
ee. Entscheidungserheblichkeit des Gesetzes .....	265
ff. Form und Frist .....	266
b. Begründetheit der Richtervorlage .....	266
4. Bund – Länder – Streitigkeit, Art. 93 I Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG ..	268
a. Zulässigkeit.....	269
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	269
bb. Antragsteller - Antragsgegner .....	269
cc. Streitgegenstand .....	269
dd. Antragsbefugnis .....	270
ee. Form und Frist .....	270
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	270
b. Begründetheit .....	271
5. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4 a GG, §§ 13 Nr. 8 a, 90 ff. BVerfGG...	272
6. Weitere Verfahren vor dem BVerfG, insb. Kompetenzkontrolle .....	275
7. Einstweilige Anordnungen des BVerfG .....	278
a. Einführung .....	278
b. Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer e.A. ....	280
aa. Statthaftigkeit des Antrags .....	280
bb. Antragsberechtigung .....	281



cc. Keine Unzulässigkeit des Hauptsacheverfahrens .....	281
dd. Grundsätzlich keine Vorwegnahme der Hauptsache .....	281
ee. Form und Frist .....	282
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	282
c. Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer e.A. ....	282
<b>6. Kapitel - Organe der Europäischen Union .....</b>	<b>284</b>
<b>A. Die Organe im Überblick .....</b>	<b>284</b>
<b>B. Das Europäische Parlament .....</b>	<b>284</b>
<b>C. Der Europäische Rat .....</b>	<b>286</b>
<b>D. Der Rat der Europäischen Union .....</b>	<b>286</b>
<b>E. Die Kommission .....</b>	<b>288</b>
<b>F. Der Gerichtshof der Europäischen Union .....</b>	<b>291</b>
<b>7. Kapitel - Das Gesetzgebungsverfahren .....</b>	<b>297</b>
<b>A. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....</b>	<b>298</b>
I. Grundsätze der Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....	298
II. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder .....	299
III. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes .....	301
1. Ausschließliche Zuständigkeit des Bundes .....	303
a. Sperrwirkung gegenüber der Landesgesetzgebung .....	303
b. Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz .....	303
aa. Enumerationsprinzip .....	303
bb. Katalog des Art. 73 I GG .....	304
c. Zustimmungserfordernis gem. Art. 73 II GG .....	306
2. Konkurrierende Gesetzgebung .....	306
a. Kern-, Bedarfs- und Abweichungskompetenzen .....	306
aa. Kernkompetenzen .....	306
bb. Bedarfskompetenzen .....	307
cc. Abweichungskompetenzen .....	308
b. Rückführungsklausel, Art. 72 IV GG .....	311
c. Eingeschränkte Sperrwirkung für die Landesgesetzgebung .....	312
d. Der Zuständigkeitskatalog des Art. 74 I GG .....	315
e. Das Erfordernis einer bundesgesetzlichen Regelung .....	324
aa. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	324
bb. Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit .....	325
cc. Erforderlichkeit der Regelung .....	325

3. Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz .....	328
4. Grundsatzgesetzgebung/Gemeinschaftsaufgaben .....	328
5. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes .....	330
a. Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs .....	330
b. Annexkompetenz .....	331
c. Bundeszuständigkeit kraft Natur der Sache.....	332
6. Übergangsregelungen .....	333
7. Aufhebung von Gesetzen, die nicht mehr erlassen werden dürften .....	335
8. Prüfungsschema zu den Gesetzgebungskompetenzen .....	337
<b>B. Das Gesetzgebungsverfahren nach den Art. 76 ff. GG .....</b>	<b>339</b>
I. Die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens .....	340
1. Das Initiativrecht (Art. 76 I GG) .....	340
a. Bundesregierung, Bundesrat, Mitte des Bundestags .....	340
b. Gesetzesinitiative durch einen einzelnen Abgeordneten.....	340
2. Das Vorverfahren (Art. 76 II, III GG).....	342
a. Vorlagen der Bundesregierung (Art. 76 II GG).....	342
b. Vorlagen des Bundesrats (Art. 76 III GG).....	344
II. Das Hauptverfahren .....	344
1. Der Gesetzesbeschluss des Bundestags.....	344
a. Die Gesetzesberatungen nach §§ 78 ff. GO BT .....	344
b. Gesetzesbeschluss ohne Durchführung von drei Beratungen .....	345
c. Gesetzesbeschluss bei nur wenigen anwesenden Abgeordneten .....	346
2. Die Mitwirkung des Bundesrats im Gesetzgebungsverfahren .....	348
a. Einspruchs- und Zustimmungsgesetze .....	348
aa. Gesetzgebungsverfahren bei Einspruchsgesetzen .....	353
bb. Gesetzgebungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen .....	356
cc. Umdeutung einer verweigerten Zustimmung als Einspruch.....	357
dd. Nichtbefolgung von Weisungen der Landesregierung.....	358
ee. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat.....	359
b. Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen .....	360
c. „Aufspalten“ von Gesetzen .....	362
3. Das Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG).....	363
III. Das Abschlussverfahren .....	363
IV. Folgen eines Verstoßes gegen Verfahrensvorschriften.....	366
1. Verstöße gegen die Geschäftsordnung .....	366
2. Verstöße gegen Verfahrensvorschriften des Grundgesetzes .....	366
<b>C. Verfassungsändernde Gesetze .....</b>	<b>366</b>

6

**D. Der Erlass von Rechtsverordnungen.....368**

**8. Kapitel - Die Ausführung der Gesetze durch die Verwaltung..... 369**

**9. Kapitel - Die Finanzverfassung ..... 373**

**A. Ausgabenlast (Ausgabenträgung), Art. 104 a GG .....373**

**B. Steuergesetzgebungskompetenzen (Art. 105 GG).....377**

    I. Steuern, Zölle und Finanzmonopole..... 377

    II. Gebühren und Beiträge..... 378

    III. Sonderabgaben..... 379

    IV. Verteilung der Steuergesetzgebungskompetenzen..... 380

**C. Verteilung des Steueraufkommens (Art. 106 und 107 GG).....382**

    I. Überblick..... 382

    II. Bundessteuern (Art. 106 I GG) ..... 382

    III. Landessteuern (Art. 106 II GG) ..... 383

    IV. Gemeinschaftsteuern (Art. 106 III, IV GG) ..... 383

    V. Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer (Art. 106 III S. 1 und 2 GG). 383

    VI. Verteilung der Umsatzsteuer (Art. 106 III S. 3 und IV S. 1 GG)..... 383

    VII. Finanzzuweisung des Bundes an die Länder (Art. 106 IV S. 2, 3 GG)..... 384

    VIII. Ertragshoheit der Gemeinden (Art. 106 V-VII GG) ..... 384

    IX. Sonderlastenausgleich (Art. 106 VIII GG)..... 386

    X. Horizontale Steuerertragsaufteilung (Art. 107 I GG)..... 386

    XI. Horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 II GG)..... 387

**D. Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit (Art. 108 GG) .....387**